

Auszug aus **FORVM** bei **Context XXI**

(http://contextxxi.org/christlichsoziale-marktwirtschaft.html)

erstellt am: 15. Juli 2024

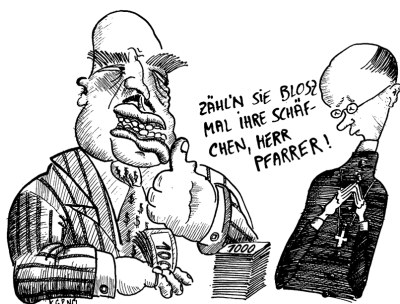
Datum dieses Beitrags: August 1989

Christlichsoziale Marktwirtschaft

Oder: Kirche, bleib bei Deinem Beichtstuhl

Die ÖVP, im Vollbesitz ihrer Erbseligkeit, veranstaltete ein Hearing gegen den geplanten „Sozialhirtenbrief“ der Österreichischen Bischöfe, am 16. Juni im Wiener Luxushotel „Marriott“ – ein Beweis für die Stilsicherheit der Veranstalter, findet unser Redakteur *Klaus Nüchtern*, und konstatiert auch sonst eine Armut im Geiste.

■ KLAUS NÜCHTERN



Professor Doktor Doktor *Robert Prantner*, Theologe und ÖVPLer (oder umgekehrt) und seit seinem Auftritt mit/gegen Karlheinz Deschner im Club 2 (*Prantner*: „Wer besitzt Sie?“ *Deschner*: „Der Teufel, wer sonst?!“) Geheimtip der heimischen Unterhaltungsbranche, lehnt es ab, von „Diskussion“, respektive „diskutieren“ zu sprechen. Bekanntlich leiten sich diese Wörter nämlich vom lateinischen „diskutere“ her, was soviel wie „zerschneiden“ bedeute. Um derartige Konnotationen (bei einer humanistisch gebildeten Zuhörerschaft) zu vermeiden, spricht Prof. DDR. Robert Prantner lieber von „Dialog“ – „in jemanden hineinreden“, wie er es dem Publikum ausdeutscht. Fast hätt’ er’s getroffen. „Es jemandem hineinsagen“ (wienerisch: „einisog’n“) hätte

präzise jene Formulierung gelautet, die dem ÖVP-Hearing zur Diskussion des Grundtextes zur Diskussion zur Vorbereitung des Sozialhirtenbriefes adäquat gewesen wäre. Verschiedene Repräsentanten der Volkspartei hatten Gelegenheit, Vertretern des Klerus (Bischof *Aichern* und Prälat *Zimmel*) mitzuteilen, was in dem Grundtext (Titel: „Sinnvoll arbeiten. Solidarisch leben“) hätte drinstehen sollen, und nützten sie weidlich. Resümee: nicht das!

Ins Rollen gekommen war der Konflikt zwischen christlich-katholischer Kirche und deren Trägerpartei durch einen Artikel „aus der Feder des engagierten Katholiken Dr. Herbert Kohlmaier“ (Vorspann) mit dem Titel „Karl Marx läßt grüßen“ in der „Industrie“ vom 16. November vorigen Jahres. Kohlmaiers dort gedruckte Analyse, derzufolge die Lösungsvorschläge des Grundtextes „unverkennbar marxistische Wurzeln“ (S. 8) hätten, wurden beim ÖVP-Hearing von Prof. DDR. Prantner noch präzisiert: „Spätmarxismus nach Michael Gorbatschow“, lautete das Verdikt.

Abgeordneter und gerade-erst-Ex-Sozialsprecher *Dr. Walter Schwimmer* enthielt sich explizit des Marxismus-Vorwurfs und versuchte stattdessen, gleich seinen Parteikollegen, den Nachweis zu erbringen, daß der Grundtext an den wesentlichen Problemen vorbeigehe, einige andere dafür selektiv überbewerte. Wie die Landtagsabgeordnete, Universitätsdozentin *Dr. Irene Dyk*, die die „Wertigkeit von Arbeit“ im Grundtext angesichts einer „Freizeitgesellschaft“ als „überschätzt“ ansieht und die Ausrichtung des Solidaritätsbegriffes auf die Arbeit beklagt, wie Prof. *Prantner*,

der die Verabsolutierung der Arbeit als Lebensproblem kritisiert, ist auch *Schwimmer* der Meinung, daß die entscheidenden sozialen Probleme nur sekundär mit der Arbeit zu tun hätten.

Während der Grundtext feststellt, daß „Einkommens- und Lebenschancen ausschließlich über Erwerbsarbeit verteilt“ (S. 6) werden und Überlegungen anstellt, ob nicht, einerseits, etwa durch „eine Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Sozialleistungen“ „die sozialstaatlichen Einrichtungen den geänderten Bedingungen angepaßt werden“ (S. 13) müßten, andererseits, „neben Erwerbsarbeit sinnvolle, nicht entlohnte Tätigkeiten aufgewertet werden“ (S. 7) könnten, sieht *Schwimmer* das ganz anders:

Das Problem liege, erklärt er, weder darin, daß es an Geld und Arbeit mangle, noch darin, daß nicht alle wertvolle Arbeit anerkannt und bezahlt werden würde, vielmehr nehme gerade die Bereitschaft zu unbezahltem solidarischem Handeln bei zunehmenden Löhnen und steigender Freizeit ab. Früher, ja früher, als es noch einen 12- bis 14-Studentag gab, da hätten die Gewerkschafter in ihrer spärlichen Freizeit sich noch für die Kollegen eingesetzt, heute gehe ohne Dienstfreistellung gar nichts mehr. Werte, die schlecht bezahlten Menschen noch bewußt gewesen seien, habe heute die Überbetonung des Geldwertes verdrängt. Die logische Folgerung für die Re-Solidarisierung, die zu ziehen *Schwimmer* allerdings dem Publikum überläßt: Lohnkürzungen und Arbeitszeiterhöhung.

Die Dame neben mir schüttelt den

Kopf: „Kein Wunder, daß die Partei ständig verliert.“ Ich habe nicht den Eindruck, daß sie sich darüber unbeding- t freut. Und ein Herr, der sofort nach dem Referat Schwimmers aufgeregt zu ihr kommt, meint das- selbe, wengleich seine Wortwahl et- was deftiger ausfällt.

Der allgemeine Tenor der ÖVP-Riege hinsichtlich des Grundtextes: düster und pessimistisch, „negativistische Grundhaltung“ (*Mag. Christian Zeitz* vom „Akademikerbund“), selektive, verzerrende Realitätswahrnehmung, „Verallgemeinerung einer Pathologie ge- sellschaftlicher Randerscheinungen“ (derselbe), ahistorisch, staatsinterven- tionistisch statt auf die Mechanismen des Marktes vertrauend, wirtschaftspoli- tisch unhaltbar und auch theologisch zweifelhaft.

Was man von der Kirche erwarte, was sie zu tun, was zu lassen sie habe, for- muliert unmißverständlich Herbert Kohlmaier, der, eigenen Worten zu- folge, „der letzte“ sei, „der die Kirche in die vielzitierte Sakristei verweisen möchte“. Aber aus der Politik soll sie sich gefälligst raushalten, befindet Kohl- maier, für den eine grundsätzliche Entscheidung seitens der Bischöfe zu fällen sei:

Ob sie nämlich mit ihrem Hirtenbrief die Gläubigen zu sozialem Engagement im Geist des Evangeliums ermuntern und an- leiten wollen, oder ob sie einen poli- tischen Akt setzen wollen.

Entweder, oder! Wenn nämlich

die Laien angeleitet werden, im Namen des Glaubens über die Richtigkeit von in- ternationaler Wirtschaftsverflechtung, der Volkspension, der Arbeit- zeitverkürzung oder der Einführung von Fixbeträgen bei Lohnerhöhungen zu diskutieren,

hält Kohlmaier

das Nebeneinander- (und nicht Gegenei- nander-)wirken von Politik und Religion für ernsthaft gefährdet.

Sollte die Kirche das Vorschlagen

konkreter wirtschafts- und sozialpoli- tischer Maßnahmen nicht den „Profis“ überlassen, so könnten diese

ihrerseits angeregt werden, in Sachen Theologie zu dilettieren.

Die Drohung hat den Bereich des Kon- junktivischen schon längst verlassen. Denn freilich sind die Polit-Profis bei weitem nicht so zimperlich, den Beruf- schristen ins Handwerk zu pfuschen, und während der Klerus gefälligst davon Abstand nehmen soll, die Laien zur Diskussion bestimmter politischer Fragen anzuleiten, stellen die Politiker apodiktisch fest, mit welchen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Christentum kompatibel ist. *Irene Dyk* entdeckt im Grundtext einen

für die christliche Soziallehre un- typischen Subjektivismus (fast Egoismus) und Staatsinterventionismus,

und *Christian Zeitz* weiß, daß der Grund- text mit seiner Exkulpierung des Indivi- duums durch die Überbetonung des Umwelteinflusses „gegen christliche An- thropologie“ verstößt.

Anstatt dem Wirtschaftssystem — dies- mal wieder Dr. Kohlmaier — die Schuld zu geben, solle sich die Kirche doch lieber fragen, ob nicht menschlich- es Versagen dafür verantwortlich sei — das eigene, das der anderen, und dann führt Kohlmaier, ohne daß der Saal ein- stürzt, Tomaten fliegen oder auch nur Gemurmel sich erhebt, noch die Erb- schuld an. Am radikalsten und letztlich ehrlichsten formuliert Christian Zeitz, was allen Statements, gegenteiligen Be- teuerungen (Kohlmaier: „Verwirk- lichung der Nächstenliebe soll Sozialpoli- tik sein“) zum Trotz, implizit ist, daß nämlich christliche Moral und Nächsten- liebe ein Ding, Wirtschaftspolitik aber ein gänzlich *anderes* ist:

Der Kernfehler von allen Texten dieser Art besteht im Versuch, die ‚alte‘ Moral der Kleingruppe, das Konzept der ‚Näch- stenliebe‘ auf die Belange der abstrakten und ausgedehnten Industriekultur anwen- den zu wollen. Dieser Versuch ist durch die Entkopplung von Handlungen und Handlungsfolgen, die das dominante

Merkmal unserer Gesellschaft ist, und die sich daraus ergebende gesellschaftliche Komplexität zum Scheitern verurteilt.

Der Ruf nach Solidarität und sozialer Gerechtigkeit ergibt in unserer Art von Zivilisation auf die vom Sozialhirtenbrie- f-Entwurf statuierte Weise keinen Sinn.

Außerdem regelt „die Moral und das Recht der Marktwirtschaft“, gegen die sich „Linkskatholiken und orthodoxe Fundamentalisten“ verschworen haben, ohnehin alles zum Besten. Die Beach- tung dieses Umstandes vorausgesetzt, bekommt so auch der Begriff der Soli- darität wieder Sinn:

Ein Wachstum ernsthafter Solidarität bed- ingt die Pflege und Stärkung der Funda- mente der Marktwirtschaft.

(derselbe)

Den Rechristianisierungsbestrebungen in der ÖVP tut das keinerlei Abbruch. Forderte Parteiohmann *Riegler* bei sein- er Wahl zum Parteiohmann den Mut, zu bekennen,

daß unser Menschenleben und die ge- samte Welt in Gott geborgen sind,

(Standard, 16.6., S. 6)

so beteuert Generalsekretär *Kukacka* in seinem Schlußwort zum Hearing, daß die Volkspartei

Heimatstätte des christlichen Weltbildes in Österreich bleiben

werde, so wie der Kern ebendieses Welt- bildes, unabhängig von der Anzahl der Christen, der sozialen Entwicklung und derjenigen der Partei, richtig bleibe.

Die Vertreter der Kirche hörten zu, be- dankten sich für die Kritik, betonten wiederholt den provisorischen und un- vollständigen Charakter des Grund- textes, und Bischof *Aichern* meinte entschuldigend: „Auch die Bischöfe haben ein Gewissen, genauso wie Sie.“

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels